Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1948

46 (24.11.1948)

Visual Library

Badisches

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 3 Nr. 46 | Mannheim, 24. November 1948 | Preis 15 Pfg.

Drohende Verschärfung der Ernährungskrise

Höchstleistungen an Desorganisation im Interesse des Großgrundbesitzes und riesiger Handelsprofite

Schlange-Schöningen, das bedeutet Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften. Das ist eine Erkenntnis, die inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Obwohl wir bezweifeln, daß bei den bestehenden Verhältnissen im Frankfurter Wirtschaftsrat „eine Wanderung vom schlechteren zum besseren Wirt" stattfindet, wird niemand dem arroganten Junker eine Träne nachweinen, und für seinen ferneren Lebensunterhalt ist längst gesorgt.

Was auf dem Gebiete der Desorganisation an Höchstleistungen hervorgebracht werden kann, wurde von ihm im Verein mit der gesamten bizonalen Verwaltung erreicht. Alle waren erfreut, daß die Ernte in diesem Jahr ein Drittel mehr erbrachte als im vorigen Jahr und jeder hoffte, daß eine ausreichende Versorgung gesichert sei. Jetzt muß die westdeutsche Bevölkerung erfahren, daß bisher 362 000 Tonnen Getreide weniger abgeliefert wurden als im Vorjahre, und daß die abgelieferten 658 000 Tonnen oder 64 % im Vergleich zum Vorjahre schon zur Hälfte verwirtschaftet sind. Wenn wir weiter wissen, daß nach vorsichtigen Schätzungen nach der Währungsreform 45 000 Tonnen Fleisch schwarz verbraucht wurden, und bei einer monatlichen Zuteilung von 22 000 Tonnen in der Zeit vom Juli bis September ein monatliches Defizit von 9000 Tonnen entstanden ist, dann wird die drohende Ernährungskatastrophe im Frühjahr offenbar.

In den drei Jahren seiner Agrarpolitik ist es Schlange-Schöningen und dem Frankfurter Wirtschaftsrat gelungen, die landwirtschaftliche Erzeugung und Ablieferung soweit herabzudrücken, daß nur 40 % der Ration aus der Eigenerzeugung gedeckt werden können und bei Fleisch gar nur 10 % des normierten Bedarfs. Die dadurch notwendigen Einfuhren haben die Schulden des deutschen Volkes auf Milliardenhöhe gebracht.

Schlange-Schöningens Politik lief darauf hinaus, den Großgrundbesitz zu stärken und den Lebensmitteleinporteuren riesige Handelsprofite zu sichern. Dem Klein- und Mittelbauern half sie nicht Nun kommen seine frommen Parteibrüder (und geschworenen Gegner im Wirtschaftsrat) Pünder und Erhard, und gefährden die Existenzgrundlage der Klein- und Mittelbauern vollends durch ihre Preispolitik für Industriewaren und Düngemittel. Diese Preispolitik hat die Wanderung des Bodens vom „schlechteren zum besseren Wirt" — Schlange-Schöningens Umschreibung für „vom kleinen Bauern zum Großgrundbesitzer" — beschleunigt.

Herr Henrich, ein Parteifreund des Stellvertreters von Schlange-Schöningen, des Herrn Ministerialdirektors Podeyn, hat zweifellos recht, wenn er in der „Frankfurter Rundschau" schreibt, daß man bei der Kritik der Militärgouverneure sich als Deutscher einer gewissen Beschämung nicht erwehren kann. Aber das ändert nichts an den Tatsachen und an der Mitverantwortung der SPD an der Frankfurter Mißwirtschaft. Wenn Herr Podeyn jetzt als Dank für seine tatkräftige Mitarbeit an der Ernährungskrise auf Befehl Dr. Pünders nicht nach Amerika fliegen darf, weil er Sozialdemokrat ist, dann ist das für die SPD nicht minder beschämend und wir sind sicher, daß die SPD bei der Suche nach Sündenböcken für die kommenden Katastrophen noch weitere verdiente Fußtritte von ihrem Koalitionspartner erhalten wird.

Die Kritik an den Frankfurter Behörden durch die Herren Generale Clay und Robertson kommt zu einem Zeitpunkt, an dem das Ende dieser Institutionen durch die Bildung einer westdeutschen Regierung bald zu erwarten ist. Im kommenden Frühjahr wird kaum ein Verantwortlicher für die Krise noch im Amt sein und es ist verständlich, daß die Militärregierungen rechtzeitig die Verantwortung klarstellen wollen. Stuttgart und der Generalstreik haben gezeigt, daß die werktätige Bevölkerung der Frankfurter Wirtschaftspolitik noch weniger vertraut als die Generale Clay und Robertson. Daß sich die Beunruhigung der arbeitenden Menschen gewaltig verstärken wird, wenn sie außer den gegenwärtigen Folgen der Preispolitik auch noch einen Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft erleben werden, ist eine zweifellos richtige Erkenntnis.

Die Lösung der Ernährungskrise und der gesamten Mißwirtschaft kann nur durch die sofortige Beseitigung der Verantwortlichen erfolgen. Notwendig sind ein landwirtschaftlicher Anbau- und Ablieferungsplan, der Aufbau einer demokratischen bäuerlichen Selbstverwaltung von unten nach oben, die Einführung von Verbraucherausschüssen, die Herabsetzung der Preise für Industriewaren und die Festsetzung von Höchstpreisen für industrielle und landwirtschaftliche Produkte, Angleichung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise an die Industriepreise durch Herabsetzung der hohen Gewinne des Zwischenhandels, Gewährung langfristiger Kredite zu niedrigen Zinssätzen für kleine und mittlere Bauern, Lenkung der Nahrungsmitteleinfuhren nach den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung.

Diese Maßnahmen können selbstverständlich nur auf der Grundlage einer demokratischen Bodenreform zum Erfolg führen, die nach wie vor die Voraussetzung jeder fortschrittlichen Agrarpolitik ist. -tz-

Lohnerhöhung ist möglich!

Lohn um 20 Pfg. pro Stunde bei Opel erhöht

Rüsselsheim. (EB) Der Betriebsrat schloß mit der Betriebsleitung der Opelwerke in Rüsselsheim eine Vereinbarung ab, nach der alle Grundlöhne der Opelarbeiter um 20 Pfennig pro Stunde erhöht werden. Die Lohnerhöhung tritt rückwirkend ab 1. September 1948 in Kraft.

Mit Tränengas gegen KPD-Versammlung

In Buchloe in Bayern wurde versucht, auf eine Versammlung der KPD ein Anschlag mit Tränengas auszuführen. Zwei Ausländer steckten in den Ventilator des Versammlungsraumes einen Sprengkörper mit Zündschnur und setzten diese in Brand. Einem führenden Funktionär der KPD gelang es jedoch, durch entschlossenes Handeln, den Sprengkörper zu entfernen und die Gefahr zu beheben.

Gegen das verfassungswidrige Beamtengesetz

Debatte um Initiativgesetzentwurf im Württembergisch-Badischen Landtag — Genosse Leibbrand: „Das aufgezwungene Beamtengesetz entrechtet politisch große Teile der Bevölkerung".

In seiner Freitag-Sitzung debattierte der Württembergisch-Badische Landtag einen Initiativgesetzentwurf zur Abänderung des Beamtengesetzes. Der Artikel 21 Abs. 2 bestimmt, daß Beamte nach 1948 kein Landtagsmandat besitzen noch sich politisch betätigen dürfen. Mit dem Initiativgesetzentwurf sollte ein neuerlicher Aufschub für das Wirksamwerden des Artikels 21 für weitere zwei Jahre erreicht werden. Der Gesetzentwurf wurde nach eingehender Debatte nochmals dem Ständigen Ausschuß zur Beratung zugeleitet.

Abg. Leibbrand (KPD) benutzte unter großer Aufmerksamkeit des Landtages die Gelegenheit zu einem Kolleg über Demokratie. Die Frage habe eine tiefere Bedeutung, als ihre augenblickliche Aktualität, weil „sagen wir es offen und ehrlich, ein paar Landtagsmandate jetzt gefährdet sind." Das dem Lande wenige Wochen vor Inkrafttreten der Verfassung aufgezwungene Beamtengesetz entrechtet politisch große Teile der Bevölkerung. Der Artikel, der Beamten, Behörden-Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes verbietet, aktiv in einer politischen Partei tätig zu sein, verstoße gegen die Verfassung.

Die Dreiteilung der Gewalten, auf welche man sich berufe, sei vor 200 Jahren fortschrittlich gewesen, bedeute aber in unserer Zeit unter den veränderten Verhältnissen kein Gleichgewicht, sondern ein Uebergewicht der Justiz und der Verwaltungsbürokratie. In der Weimarer Republik habe sich der sogenannte unpolitische Beamte keineswegs als überparteilich erwiesen.

Der Antrag auf Verlängerung der Ausnahmefrist sei ungenügend. Es sei notwendig, mit aller Deutlichkeit auch gegenüber der Militärregierung die Auffassung des Landtages über das Recht der freien politischen Betätigung aller Bürger auszudrücken. Die Verabschiedung des Gemeindewahlgesetzes, das städtische Arbeiter und Angestellte von der Wählbarkeit ausschließt, habe nicht dazu beigetragen, dieser Auffassung des Hauses Gewicht zu geben.

„Ministerialräte und die Persönlichkeiten der Wirtschaft haben hundert andere Wege, um ihren politischen Einfluß auszuüben. Ein Volksschullehrer aber oder ein Arbeiter, dem bleibt gar nichts anderes übrig, als sich in die „Drecklinie" der Politik zu begeben, wenn er seinem politischen Willen Ausdruck verleihen will. Er muß sich offen politisch betätigen und deshalb ist das Beamtengesetz ein Ausnahmegesetz gegen die kleinen Leute. Auch wir halten es nicht für gut, wenn zuviel Beamte im Landtag sitzen. Aber eine Aenderung wird nicht durch Gesetzeszäune, sondern durch Politisierung der Bevölkerung und Herabsetzung der Wahlperiode erreicht. Wir brauchen ein neues Beamtengesetz, das nicht nur den Landtagsabgeordneten, sondern allen Bürgern volle politische Rechte gewährt."

Der Initiativgesetzentwurf nebst den Anträgen wurde, nicht zuletzt unter dem Eindruck dieser Rede, noch einmal an den ständigen Ausschuß überwiesen.

Blitzangriff auf Hafenarbeiter Dünkirchens

Generalstreik gegen Terrormaßnahmen

Wie aus Frankreich gemeldet wird, wurden die Barrikaden der streikenden Hafenarbeiter in Dünkirchen von 6—7000 Soldaten und Polizisten gestürmt. Das Regierungsblatt „Le Soir" erklärte am Sonntag, daß an dem „Blitzangriff" gegen die Streikenden 20 Panzerwagen teilnahmen. Der Einsatz der Polizei und der Kolonialtruppen hat unter der Arbeiterschaft in Dünkirchen große Empörung hervorgerufen und zur Ausrufung des Generalstreiks durch den Allgemeinen Gewerkschaftsbund (CGT) geführt.

Die Streiklage hat sich am Samstag verschärft. In den frühen Nachmittagsstunden wurde der Sekretar der Dünkirchener Hafenarbeitergewerkschaft, Duffuler, das Mitglied des Streikkomitees, Bossut, sowie die kommunistische Stadtverordnete, Frau Hemelriyk von der Polizei verhaftet. In unterrichteten Kreisen der französischen Hauptstadt nimmt man an, daß diese neuen Maßnahmen der Regierung die Wiederaufnahme der Arbeit im Hafen von Dünkirchen in Frage stellen.

Streikbeschluß in Marseille

Aus Protest gegen die Lohnpolitik der Regierung Queuille haben die Hafenarbeiter von Marseille einstimmig beschlossen, für unbestimmte Zeit in den Streik zu treten.

Stuttgarter Friedensbüro Generalstab?

CDU-Politiker bietet deutsche Jugend als Kanonenfutter an

In der in Aalen erscheinenden „Schwäbischen Post" fordert Dr. Rudolf Vogel in einem Leitartikel die Einbeziehung Westdeutschlands in eine westeuropäische Armee. „Die deutsche Jugend," heißt es dort, „würde eine militärische Ausbildung — wobei es den Westmächten zu überlassen wäre, ob es sich um eine Aushebung oder Freiwillige handeln soll, — nicht in Deutschland, sondern in Frankreich, England, Kanada oder den USA erhalten. Es wäre durchaus denkbar, in diesen Ländern ein neues Ausbildungspersonal und ein neues Offizierskorps heranzubilden, das mit dem Führungs- und Ausbildungskorps des zweiten Weltkrieges keine Gemeinsamkeit besäße. Wenn ferner diese deutschen Formationen nur auf die Infanterie und das Bodenpersonal beschränkt blieben und die Luftwaffe, Panzer und Marine eine alleinige Angelegenheit der Siegermächte blieben, würde ein übriges dazu beigetragen werden, alle französischen und britischen Befürchtungen zu zerstreuen."

Als weiteren „Vorteil" fügt Vogel bei, daß diese „Atlantikpakt-Wehrmacht die gemeinsame Verteidigung Westdeutschlands übernehmen und dort Garnisonen unterhalten könnte, während die deutschen Formationen in Frankreich, England und den USA kaserniert wären". „Westdeutschland könnte dann an Stelle von Besatzungskosten einen Haushaltsbeitrag entsprechend seiner Leistungskraft zum Heeresbudget der Atlantikmächte beisteuern. Würde dann nicht die deutsche Bevölkerung eine derartige Atlantikarmee, die zu ihrem sichtbaren Schutz im Lande lebte, die sozusagen ein Bestandteil der öffentlichen Sicherheit Deutschlands würde, mit ganz anderen Augen ansehen als jetzt die Besatzungstruppen der Siegermächte?"

„Wie könnten wir dieser skeptischen und mißtrauischen Jugend einen besseren Weg und ein schöneres Ideal aufzeigen, als gemeinsam mit den anderen Nationen für die Verteidigung ihrer übernommenen Lebenswerte einzutreten!... Gegenüber allen Absichten der Sowjets in der Ostzone würde damit nicht nur ein unübersteigbarer Damm errichtet werden, sondern der Jugend der Ostzone würde damit ein neuer Weg und ein neues Ideal gezeigt werden, für das es wert wäre, das Beste und Letzte einzusetzen."

Wir haben keinen Grund, anzunehmen, Herr Vogel hätte die Herrschaft über seine Sinne verloren. Der CDU-Politiker Dr. Rudolf Vogel dürfte sehr wohl wissen, was er tut und es ist nicht das erste Mal, daß er sich in dieser Richtung äußert. Nur am Rande sei vermerkt, daß solches vorbehaltlos zum wiederholten Male in der „Schwäbischen Post" abgedruckt wird. Dr. Vogel ist aber weiterhin in dem von der württ.-badischen Staatsregierung eingerichteten, sogenannten Friedensbüro in Stuttgart beamtet. Der Mann, der hier einem neuen deutschen Militarismus das Wort redet, der nur schlecht seine Kriegshetze verbirgt und der deutschen Jugend schon wieder einredet, daß sie „das Beste und Letzte" einsetzen soll, lebt also nicht nur von Honoraren, — er wird noch mit Steuergroschen des arbeitenden Volkes gefüttert. Eine Regierung, die sich nicht mit dem von Vogel Gesagten identifiziert wissen will, hat daraus ihre Konsequenzen zu ziehen. Darüber hinaus besteht immer noch ein deutsches und ein Gesetz der Besatzungsmächte, die derartige Aeußerungen unter Strafe stellen. Was hier geschieht ist ein Verbrechen am deutschen Volk, ein Verbrechen gegen den Frieden, gegen die Menschlichkeit. (cri. Vst. Stg.)

Westmächte lehnen ab

Die drei Westmächte haben den Appell Evatts und Trygve Lies abgelehnt. Die Sowjetunion war die einzige Großmacht, die ihre Zustimmung gegeben hat. Evatt und Trygve Lie haben erneut an die in den Berliner Konflikt verwickelten vier Mächte appelliert und sie aufgefordert, ihre Hilfe bei den Schlichtungsversuchen des Präsidenten des Sicherheitsrates zu gewähren. Der Präsident Bramuglia hat in dem Bemühen, weiter zu vermitteln, an die vier Großmächte zur Berliner Frage Fragebogen gerichtet, von deren Beantwortung erwartet wird, daß sie Klarheit für die Voraussetzungen zu neuen Verhandlungen schaffen könnte.

China / Die Gefahr, daß das ganze Land an die Kommunisten verloren geht ...

Berichte aus China weisen deutlich auf die schwere Gefahr hin, daß das ganze Land an die Kommunisten verloren gehen wird ... Ernster als die direkte Bedrohung der amerikanischen Sicherheit, die ein kommunistisches China mit sich bringen würde, ist eine Aussicht, daß ein solches China die kommunistischen Bewegungen in Südwestasien und Indien stärken würde. Millionen von Chinesen leben in den Ländern südlich von China, und in einem dieser Länder — in Malaya — ist die Hälfte der Bevölkerung chinesisch. Es ist heute noch ebenso wahr für Asien, wie es seit Jahrhunderten gewesen ist, daß Ereignisse in China einen weit über die Grenzen des Landes hinausgehenden Einfluß ausüben.

Schraffiert: Gebiet der demokratischen Volksarmee 1947. Punktiert: Seit 1947 befreite Gebiete.

Während ein Sieg der Kommunisten in China den Roten überall einen psychologischen Auftrieb geben würde, einschließlich Europa und Südamerika, so würden die Wirkungen doch am stärksten in dem Länderbogen sein, der von Indonesien im Osten bis nach Indien im Westen verläuft.

„New York Herald Tribune"

Wie weit sind wir schon wieder?

W. G. Wir haben uns in unserer heutigen Ausgabe etwas ausführlicher mit der „Schwäbischen Post" beschäftigt, die einer „westeuropäischen Armee" die Kraft der westdeutschen Jugend als Kanonenfutter zuführen möchte. Es könnte bei vielen die Meinung bestehen, daß es sich dabei um einen Husarenritt, Ausfall oder um auch — Irrsinnigkeit und Abgeschmacktheit einer Provinzzeitung handelt. Dem ist nicht so. Die „Schwäbische Post" ist nur eine von vielen Zeitungen, die auf ihre Weise die militaristische Propaganda wieder aufleben lassen und in Schwung bringen. Ganz gleich, wie die einzelnen Vorschläge aussehen, wie die Argumente zur Begründung sind, sie liegen alle in der Richtung, die westlichen Alliierten mögen doch nicht übersehen, daß dieses Westdeutschland die besten Landsknechte einer europäischen Armee zu stellen in der Lage ist. Daß die Landsknechtsnatur und Rolle der Deutschen das geschichtliche Verhängnis Europas seit Jahrhunderten war, daß sich in ihnen eine der Ursachen unserer nationalen Katastrophe widerspiegelte, ist den frisch-fröhlichen Trommlern einer neuen Aufrüstung und des dritten Weltkrieges gleichgültig.

Bei aller Verschiedenheit der Töne hat die militaristische Propaganda einen übereinstimmenden Takt und kommt einem Bedürfnis entgegen, das seine Heimat zum wenigsten in Westdeutschland hat. Den Rahmen geben die militärstrategischen Pläne der westlichen Alliierten und der Politiker der „Westeuropäischen Union" ab. Einen Generalstab haben sie gebildet und neben der Sorge um die ausreichende amerikanische Bewaffnung beschäftigt sie die Frage, woher den Mannschaftsstand nehmen? Die so kühn in neuimperialistisch - militaristischer Politik machenden westdeutschen Politiker und Journalisten fangen nur willig einen Ball auf, der ihnen zugeworfen wurde. Ihr eigenes Bemühen ist längst eingebettet in eine Verhetzung größeren und abgefeimteren Stiles. Sie malen aus, was seine allgemeine Grundlage in der ewigen Lüge einer angeblichen „Paulus-Armee", dann einem „Seydlitz-Heer" der Ostzone und schließlich in der „neu aufgestellten" — die Ziffer schwankte zwischen 40- und 400 000 — Polizeimacht der Ostzone hatte.

Das militaristische Gift fließt aus tausend Kanälen, stark und schwach, plump und auch geschickt. Die abgedroschene Phrase von der „Verteidigung der Heimat" ist neben dem Wort „Abwehrverbände" zu hören. Das mag ungeschickt sein, zu sehr den Stempel seiner ewig gleichbleibenden kapitalistisch - imperialistischen Herkunft tragen, aber es gibt bereits auch schon die „seriöse journalistische Leistung" der antimilitaristischen Propaganda, das einschläfernde Betäubungsgift.

Eine so objektiv tuende Zeitung wie „Volk und Zeit" begibt sich nicht in die Reihe der gewöhnlichen Trommel schlagenden Militaristen. Das muß selbstverständlicher, unauffälliger fließen. In einer Betrachtung „unendliche Horizonte und ein einziger Mann...", die dem „Generalstab ohne Armee" Montgomery gilt, lesen wir nach einer Darstellung der Abneigung der Engländer gegenüber Generalen, daß in westlichen Ländern ihr Wert im gleichen Verhältnis steigt wie die Gefahr, folgendes als Konsequenz: „**In diesem Falle ist zu erwarten, daß eine beträchtliche Anzahl Bewohner Westdeutschlands in den Augen Montgomerys**, der übrigens der Sohn eines englischen Bischofs ist, und in seinen Tagesbefehlen die Hilfe Gottes nicht ungern in Anspruch nimmt, **einen erheblichen Gefechtswert erhalten wird.** „Die Deutschen," schrieb Lidell Hart schon im Juli dieses Jahres, „sind das einzige Element, das der Westunion die erforderliche militärische Festigkeit verleihen könne." Wie ersichtlich, hat die plumpe und die geschickte militaristische Propaganda Methode. Es wäre nur noch ergänzend hinzuzufügen, daß zum Leidwesen der Militärstrategen der „Westeuropäischen Union" der Wert des faschistischen Franco-Spaniens mit dem Westdeutschlands um den Vorrang bei den Amerikanern streitet. Vielleicht ist dies der Grund, warum die Provinzzeitungen ihren Militarismus und die Vorzüge — in „tausend Schlachten" und unter Hitler so glorreich bewährt — der Deutschen so dick auftragen. Wo stehen wir dabei bereits wieder?

Die „positive Einstellung"

Ueber Montgomerys strategische Pläne schreibt die „Neue Zeitung" am 18. November 1948:

„Während nun bisher überwiegend die Meinung vertreten wurde, mangels natürlicher, zur Verteidigung geeigneter Hindernisse könne ein wirkungsvoller Widerstand erst an den Pyrenäen einsetzen, hat diese pessimistische Auffassung inzwischen einer wesentlich positiveren Einstellung Platz gemacht."

Die „wesentlich positivere Einstellung" sieht die gedruckte Stimme Amerikas in Deutschland darin, daß die konservative französische Zeitung „Figaro", ebenso wie die „Basler Nachrichten"

„hingegen zu wissen glauben, daß — nach hinhaltendem Widerstand — die Hauptverteidigungslinie am Rhein liegen solle."

Wahrlich nette Aussichten für unsere Großgrundbesitzer, Großfabrikanten, Schieber und Währungsgewinnler, die sich hier so sicher wähnen.

Nicht aufzuhalten!

Fast acht Tage lang brachten die Zeitungen Balkenüberschriften, die etwa lauteten: „Rückschlag für China-Kommunisten", „Kommunisten vor Nanking gestoppt", „Kommunisten bei Sutschau geschlagen", um jetzt in kleinen Meldungen einzugestehen, daß dem nicht so ist. Paoting, die Hauptstadt der Provinz Hopei ist Tschiangkaischek verloren gegangen. Die Kommunisten setzten zum Großangriff auf Peking und Tintsin an. Bei Sutschau begann eine neue Offensive, nachdem es Tschiangkaischek nicht gelungen ist, die Eisenbahnverbindung zwischen Sutschau und Pangpu wieder herzustellen. Das Regime Tschiangkaischeks ist einer wachsenden Panikstimmung angesichts der anhaltenden Erfolge der unter kommunistischer Führung stehenden demokratischen Freiheitsarmee Chinas ausgesetzt. Die Frau Tschiangkaischeks richtete einen beschwörenden Appell an Amerika: „Wenn China fällt, folgt ganz Asien". Das wußten die Herren in Washington wie in Wallstreet wohl ohnehin schon und mit und ohne Appell haben sie sicherlich getan, was sie konnten. Die Befreiung Chinas ist zum Leidwesen der Imperialisten in aller Welt nicht aufzuhalten, wenngleich der Kampf des chinesischen Volkes keineswegs leicht ist..

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ursachen der Reichsbahnentlassungen

Während im Rahmen der Massenentlassungen der Reichsbahn in den Westzonen u. a. auch 6000 Bahnunterhaltungsarbeitern gekündigt werden soll, geht man in verstärktem Maße dazu über, Privatunternehmer mit den gleichen Arbeiten zu beauftragen, die bisher in reichseigener Regie ausgeführt wurden. Die Entlassungen sollen durch den schlechten Stand der Finanzen bedingt sein. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß die gleiche Arbeit, von einem Privatunternehmer ausgeführt, die Reichsbahn unverhältnismäßig mehr kostet. Bei Gleisbauarbeiten beispielsweise, bei denen die Löhne fast der einzige wirkliche Kostenpunkt sind, werden von Privatunternehmern Gewinne von 150 Prozent und mehr erzielt. Die tatsächliche Veränderung wird also nicht darauf hinauslaufen, daß die Reichsbahn durch diese Entlassungen einspart, im Gegenteil! Nicht selten wird es sein, daß ein Arbeiter, der von der Reichsbahn entlassen wurde, seine Arbeit am gleichen Platze im Dienste eines Privatunternehmers fortsetzt. Der wirkliche Unterschied liegt darin, daß der Arbeiter wieder zum Objekt der privaten Ausbeutung wird, daß der Unternehmer Profit macht.

Die gleiche Tendenz drückt sich darin aus, wenn zum Beispiel das Bahnbetriebswerk Lauda, das seit 50 Jahren bestimmte kleine Lokomotivtypen repariert, damit künftig nicht mehr beauftragt werden soll. Dies wird zur Folge haben, daß diese Lok-Reparaturen nunmehr um 50 Prozent bis zum Doppelten teuerer sein werden wie bisher.

Renazifizierung bei Bosch

Am 23. November begann in Stuttgart vor dem Arbeitsgericht ein Verfahren der Bosch-Direktion gegen den Bosch-Betriebsrat. Gegenstand des Verfahrens ist die Weigerung des Betriebsrats, vier ehemalige Nationalsozialisten, die 1945 entlassen werden mußten, in leitende Stellungen wieder einzusetzen. Unter diesen befindet sich der ehemalige Schriftwalter des „Bosch-Zünders", der Werkzeitschrift der Bosch-Werke, der wiederum „Kulturwalter" werden soll.

Eine am 22. November im Werk Feuerbach abgehaltene Betriebsversammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt, die Firma wolle durch diese Klage über die Renazifizierung hinaus das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften illusorisch machen und damit den Sinn des Gesetzes 726, (Gesetz zur Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe) in sein Gegenteil umkehren. „Die am 22. November versammelte Belegschaft der Robert-Bosch-Werke billigt in vollem Umfange die grundsätzliche Einstellung des Betriebsrates zu dieser Frage und lehnt die Wiederbeschäftigung der vier ehemaligen Abteilungsvorstände ab, weil ihre Wiederverwendung den Betriebsfrieden stören muß."

Das Vorgehen der Bosch-Betriebsführer zeige, sagte der Betriebsratsvorsitzende, Eugen Eberle, daß die Zeit des Burgfriedens vorbei sei. Auch zu einer Betriebsvereinbarung sei scheinbar nicht ohne Kampf zu kommen. Dazu sagten sie immer wieder „Nein". Die andere Seite lege großen Wert darauf, die Kraft der Arbeiterschaft kennenzulernen. Der Bundesvorstand der Gewerkschaften habe seine aktive Unterstützung im Kampf gegen die Renazifizierung zugesagt.

Nur nicht für Kriegsbeschädigte!

Die „Bad Mergentheimer Zeitung" gibt in einem Bericht über die Novemberversammlung des Verbandes der Körperbeschädigten eine treffende Kennzeichnung der durch Erhards CDU-Wirtschaftspolitik hervorgerufenen Zustände. Es heißt dort: „Die letzte orthopädische Sprechstunde ließ erkennen, daß zwar für Handtaschen und Koffer genügend Leder vorhanden ist, nicht aber für Hilfsmittel von Kriegsbeschädigten, wie Herr Bauer bedauernd feststellte."

Einkellerungsbeihilfe für alle Bedürftigen?

Ein Invalidenrentner, der bei einer monatlichen Rente von DM 50.— 20,— DM Miete bezahlen muß und somit nur noch 30,— DM zum Leben hat, frägt uns, ob ihm die von der Kommunistischen Partei beantragte Einkellerungsbeihilfe für Fürsorgeempfänger auch zusteht. Da das Fürsorgeamt bisher an solche Personen oder Familien, deren Einkommen unter dem Fürsorgesatz liegt, Unterhaltszuschuß gewährt hat, halten wir es für selbstverständlich, daß in solchen Fällen, wie auch im vorliegenden Fall, die Einkellerungsbeihilfe gewährt werden muß. Entsprechende Anträge sind beim zuständigen Fürsorgeamt zu stellen.

KPD Uns gehört die Zukunft

Kompromiß mit Frankreich in der Ruhrfrage?

Die Meinungsverschiedenheiten auf der Londoner Ruhrkonferenz sind nicht geringer geworden. Die Briten haben unter dem Druck ihrer eigenen öffentlichen Meinung, die in zunehmendem Maße das anglo-amerikanische Ruhrabkommen verurteilt, gegenüber den Forderungen der Franzosen Nachgiebigkeit gezeigt. Nunmehr wird ein Kompromiß erörtert, der Forderung Frankreichs auf internationale Kontrolle dadurch entgegenzukommen, daß Frankreich an einer kurzfristigen Kontrolle der Ruhrindustrie beteiligt werden soll, bei gleichzeitiger Zusicherung einer auch nach der Auflösung der Militärregierungen weiter bestehenden Ueberwachung.

Die Sowjetunion bestreitet die Rechtmäßigkeit der Londoner Ruhrkonferenz. Die Stellungnahme der französischen Kommunistischen Partei zum anglo-amerikanischen Ruhrabkommen ist mit einem Satz gekennzeichnet: „Das Arsenal der Ruhr bleibt in den Händen der Spießgesellen Hitlers".

Wenn wir richtig liegen . . .
heult der Chor der Volksfeinde auf

Betrachtungen einer Gewerkschaftszeitung

Der 24stündige Generalstreik der Gewerkschaften hat mindestens dem schaffenden Volk die Frontstellung gezeigt. Wenn sich auch in den Namen Dr. Pünder, Prof. Erhard die Schuld des Frankfurter Wirtschaftsrates personifiziert, ist der Kreis derer, die mitverantwortlich sind, weit größer. Es sind jene Kreise, die aus der Erhardschen Politik profitieren; es ist die gesamte politische Reaktion in Deutschland. Der Generalstreik der Gewerkschaften hat also auch nicht wenige aufgebracht und als Gegner der Gewerkschaften und des Volksinteresses erkennen lassen. Es wundert uns nicht, daß die Politiker der CDU und DVP den Streik verurteilten, in ihm einen „Schaden für die Wirtschaft" sahen. Ihre Furcht und ihre Wut galt dabei vielleicht weniger dem Streik der 24 Stunden, als dem Beispiel, das gegeben wurde und eine wirksamere Fortsetzung haben könnte.

Im Gewande „objektiver Betrachtung" und „wohlmeinender Ratschläge" ist die Hilfsstellung der durch Radio und lizenzierter Presse repräsentierten „öffentlichen Meinung" für die Unternehmerinteressen unverkennbar. In der Gewerkschaftszeitung Württemberg-Badens setzt sich der Leitartikler Hermann Volja mit dieser Tatsache auseinander. Er hat nur zu recht, wenn er feststellt: „Es ist ein schwerer Kampf, den die Gewerkschaften zu führen haben. Nicht in erster Linie deswegen, weil ihre Gegner reich an materiellen Gütern (Betriebe, Produktionsmittel, Geldkapital) sind, sondern vor allem deshalb, weil die „Macher der öffentlichen Meinung" in ihren Diensten stehen. Sobald die Gewerkschaften mit Forderungen auftreten, die an den Grundlagen der kapitalistischen Profitwirtschaft rütteln, fallen fast die gesamte Presse, der Rundfunk und die den Unternehmern ergebenen „Wissenschaftler" über die Gewerkschaften her. Lüge und Verleumdung feiern dann wahre Orgien. Das gemeinste dabei ist, daß diese Leute den Mut haben, sich als Schützer und Wahrer der Arbeiterrechte und des Volkswohls aufzuspielen."

Wenn die Gewerkschaften einen halbwegs richtigen Schritt tun, wird es immer so sein, daß ein Chor getroffener Hunde bellt. Bisher haben sie allzu oft gelobt und geleckt und all das, was Volja feststellte, gehörte eigentlich nur zum guten Ton gegenüber den Kommunisten.

Gegenüber den schönen Rechnungen, wieviel an Produktion durch den Streik ausgefallen sei, wird in dem gleichen Artikel mit der Frage geantwortet, wieviel durch die Folgen der Mißwirtschaft und Schuld des Frankfurter Wirtschaftsrates ausgefallen ist und noch ausfallen wird. Es wird daran erinnert, daß die Gegner der Volksinteressen nach jenem Satz handeln: „Nicht der Mörder, sondern der Ermordete ist schuld."

An die Adresse der Besatzungsmacht gerichtet, lesen wir: „Auch General Clay hat dem deutschen Volke vorgerechnet, wie groß der Produktionsverlust ist, den es durch die 24stündige Arbeitsruhe als Protest gegen den Preiswucher und gegen die Mißachtung der Arbeiterrechte erlitten hat. Es wäre wünschenswert, daß er sich auch einmal ausrechnen lassen würde, wie groß der Produktionsausfall ist, der dadurch eintritt, daß er — General Clay — den Arbeitern das in der Verfassung festgelegte Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und in der Gesamtwirtschaft vorenthält." Wenn der Leitartikler meint, daß diese Tatsache die Arbeitsfreude in den Betrieben stark drückt, hat er nur ein geringes von dem ausgesprochen, was wirklich ist. Das Mitbestimmungsrecht ist ein Mittel, den Unternehmern auf die Finger zu sehen und nötigenfalls ihnen auch auf diese zu klopfen. Das Mitbestimmungsrecht ist ein Mittel der Profit- und Mißwirtschaft auf den Leib zu rücken. Das Mitbestimmungsrecht zu suspensieren — anläßlich des Protestes im Landtag, hat dies ein Redner ausgesprochen — bedeutet die Diskreditierung der Demokratie. Demokratie, die immer der Zweckmäßigkeit der Unternehmer entspricht, kann ja — auch der Dümmste begreift dies — schließlich keine sein.

Der Leitartikel der Gewerkschaftszeitung trägt die Ueberschrift: „Wir gehen unseren Weg." Uns dünkt, er ist richtig, wenn er zu keiner Zeit den Beifall derer findet, die man auf diesem Wege an die Wand drücken muß. -ii-

So wurde kompensiert

Eine westdeutsche Zeitung berichtet von einem Kompensationsprozeß vor dem Dortmunder Landgericht gegen einen Kaufmann aus Castrop-Rauxel und seinen Mittelsmann. Der Fall interessiert insofern, weil darin die Salamander-Schuhfabrik in Kornwestheim eine Rolle spielt. Es war nämlich ein Geschäft zustande gekommen, für zweieinhalb Paar Schuhe eine Tonne Kohle zu liefern. 150 t in 7 Waggons wurden auf diese Weise gegen 360 Paar Schuhe eingetauscht. Ein Teil der Schuhe war gehortet worden, da sich der Kaufmann einen Bestand für nach der Währungsreform anlegen wollte. Der Staatsanwalt erinnerte daran, daß, während hier 360 Paar Schuhe der Bewirtschaftung entzogen wurden, die Stadt Dortmund als monatliche Zuteilung nur ca. 16 Paar erhielt. Die beiden Angeklagten kamen mit kleineren Gefängnis- und Geldstrafen davon.

Aus dem Bericht geht nicht hervor, ob es sich für die Salamanderwerke um ein „legales" Kompensationsgeschäft gehandelt hat. Jedenfalls ein treffendes Sittenbild der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Unter der Lupe

Der Bürgermeister antwortet nicht!

Der Bürgermeister von Uiffingen, Kreis Tauberbischofsheim, hat einer ausgebombten Mannheimerin einen Raum zugewiesen, der jeder Beschreibung spottet. Mannskopfgroße Löcher in den Wänden. Wenn es regnet, läuft das Wasser in die Stube, ein Teil der Decke droht ständig einzustürzen. Der Fußboden ist vollkommen schadhaft und teilweise ausgehöhlt. Die Türe ist windschief und ohne Schloß. Das ganze Stockwerk in dieser Ruine wurde früher als baufällig und nur auf eigene Gefahr bewohnbar erklärt.

In Uiffingen wurde an Flüchtlinge und Evakuierte jedes Jahr das Brennholz im Mai ausgegeben. In diesem Jahr wurde es aber erst nach der Währungsreform abgegeben, obwohl es schon längst fertig im Walde lag. So wurden in Uiffingen die Aermsten der Armen behandelt, sie mußten mit neuem Geld das Holz bezahlen, obwohl sie nicht wußten, wovon sie ihr Leben fristen sollen.

Der Herr Bürgermeister hat es nicht nehmen, sodaß wir annehmen müssen, daß ihn sein schlechtes Gewissen gezwungen hat, zu schweigen.

War das nötig?

Der Gewerkschaftsbund Wertheim, welcher seit langem eine Mitgliederversammlung für den 17. 11. 48 (Buß- und Bettag) vorbereitet hatte, hielt es für nötig, bei Dekan Sch. noch ausdrücklich anzufragen, ob von dessen Seite gegen die Durchführung der Versammlung etwas einzuwenden wäre. Ein langjähriger Gewerkschaftskollege gibt in einem Brief an uns seiner Empörung beredten Ausdruck und meint, daß die Gewerkschaften es doch nicht nötig hätten, die kirchlichen Stellen um Erlaubnis für eine Gewerkschaftsversammlung zu bitten. Er meint, daß die Gewerkschaftsmitglieder eine solche Handlungsweise nicht dulden dürften.

Ein gutes Beispiel

Genosse Rapp in der Schönausiedlung hat

54 Abonnenten

für das „Volksecho" geworben.

Werbt für die Zeitung des Volkes, **für das „Badische Volksecho".**

Kommunalkonferenz für den Kreis Mannheim

am Sonntag, dem 28. November 1948, 9.30 Uhr, im Lokal „Engel", Mannheim-Neckarau, Rheingoldstr. 38. Ende der Konferenz gegen 15 Uhr.

Genosse **Leonhard Seib** spricht über „Zweck und Ziel unserer Kommunalpolitik".

Die Genossen der Wohnungs- und kommunalpolitischen Ausschüsse, die Gemeinderäte, Stadträte, Bürgermeister und Kommunalbeamte nehmen an dieser Konferenz teil.

KPD, Kreisvorstand.

Betriebsräte und Vertrauensleute!

Am Montag, dem 29. November 1948, 19.30 Uhr, findet im oberen Saal der Wirtschaftshochschule ein Vortrag über Arbeitsverwaltungsrat von Regierungsdirektor Kuhn statt.

Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Mannheim.

Jaksch gibt der Wahrheit die Ehre

Molotow 1942 gegen die Austreibung der Sudetendeutschen

Eine in London am 1. Mai 1948 gehaltene Rede des sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch liegt nunmehr der Oeffentlichkeit in einer Broschüre vor (Verlag „Volkswille", Max Denker, Stuttgart). In ihr wird mit der Legende aufgeräumt, daß die Sowjetunion, die tschechischen oder gar die deutschen Kommunisten die Väter des Planes der Ausweisung der Sudetendeutschen gewesen seien.

So schreibt Jaksch auf Seite 9 der Broschüre: „Wie war es nun um die russische Zustimmung bestellt, auf die sich Dr. Benesch am 13. Mai 1943 Roosevelt gegenüber berief? Dr. Benesch berichtet im gleichen Buch („Pameti") ausführlich über den Besuch Molotows im Frühjahr 1942 in London. Dabei lesen wir kein Wort, daß die Russen in der Transfer-Frage irgend eine Zustimmung gegeben hätten. Aus der Darstellung eines Eingeweihten in der Schweizer sozialdemokratischen Monatsschrift „Rote Revue" wissen wir, daß sich Molotow im Mai 1942 noch kategorisch gegen eine Austreibung der Sudetendeutschen erklärt hat. Dies entspricht auch ganz der damaligen Propagandalinie der Sowjets, welche in ihren Kurzwellensendungen an die Sudetendeutschen mit der Parole operierten: „Freie Sudeten in einem freien Europa!" Wohlgemerkt, Dr. Benesch ging ohne russische Zustimmung nach Washington und behauptete dort Roosevelt gegenüber, er habe die Genehmigung der Sowjetregierung für den Bevölkerungs-Transfer schon in der Tasche."

Jaksch gibt der Wahrheit die Ehre. Er entlarvt die Täuschungsmethoden, mit denen „die Zustimmung zweier Großmächte zur Austreibung der Deutschen erschlichen wurde" und stellt fest, daß die russische Zustimmung erst gute drei Wochen nach der amerikanischen gegeben wurde. Jaksch bestätigt, daß die eigentlich treibende Kraft bei der Ausweisung die Benesch-Partei und die katholische Partei des „fanatischen Deutschenhassers" Dr. Mons. Sramek war. Bekanntlich war Sramek der Ministerpräsident der tschechischen Exilregierung in London und unter seiner Aera entsproß jener unselige Beschluß, der die Ausweisung zur Folge hatte. Wir halten ferner fest, daß der Führer der sudetendeutschen Sozialdemokraten auch die Mitschuld der tschechischen Sozialdemokraten an der Ausweisung erwähnt.

Benesch und Dr. Ripka, die das „Aussiedlungsprogramm" ausheckten, hofften damit den tschechischen Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es kam anders.

Wir haben den Ausführungen von Jaksch nichts hinzuzufügen. Wie oft aber wurden auch in sozialdemokratischen Versammlungen die Kommunisten als die Einpeitscher der Austreibung angeklagt! Diese falsche Anklage wird nun von berufener sozialdemokratischer Seite zerstört.

—S.—

Sport der Woche

Schwarzer Tag für badische Oberligavereine

Süddeutsche Oberliga

TSG Ulm — VfR Mannheim	0:0
Eintracht Frankfurt — SV Waldhof	1:0
BC Augsburg — VfB Mühlburg	1:0
Kickers Offenbach — Stuttg. Kickers	3:0
FC Rödelheim — 1860 München	1:1
VfB Stuttgart — 1. FC Nürnberg	3:2
Bayern München — FSV Frankfurt	1:1
Schweinfurt 05 — Schwaben Augsb.	0:1

Gegen den Tabellenletzten konnte VfR in Ulm nur einen Punkt erzielen. Das Ergebnis entspricht dem Spielverlauf. — Der Clubbezwinger Waldhof enttäuschte in Frankfurt und mußte sich mit dem knappsten aller Resultate geschlagen bekennen. — Mühlburg verlor mit dem gleichen Resultat gegen Augsburg trotz Ueberlegenheit im Feld. — Kickers Offenbach befestigte seine führende Stellung durch einen Sieg über die Stuttgarter Kickers. — Der Altmeister Nürnberg mußte eine weitere Niederlage gegen VfB Stuttgart hinnehmen.

Der Schlager des kommenden Sonntags dürfte die Begegnung VfR Mannheim gegen Kickers Offenbach in Mannheim sein. — Waldhof wird in Stuttgart alles aufbieten müssen, um Punkte für sich zu buchen. — Mühlburg empfängt Schweinfurt. — Die übrigen Spiele: 1. FC Nürnberg — Bayern München, 1860 München — Eintracht Frankfurt, Ulm 1846 — VfB Stuttgart, Schwaben Augsburg — FC Rödelheim.

Badische Landesliga

VfL Neckarau — ASV Durlach	5:1
SpVgg. Sandhofen — Schwetzingen	1:0
Friedrichsfeld — Rohrbach	0:2
VfR Pforzheim — 1. FC Pforzheim	0:2
Phönix Karlsruhe — FV Knielingen	3:1

Neckarau brachte dem Tabellenzweiten Durlach eine erste und völlig eindeutige Niederlage bei. — Friedrichsfeld mußte auf eigenem Platze Rohrbach die Punkte überlassen. — Im übrigen gab es keine besonderen Überraschungen.

Pressestimmen

Glaube nicht so stark, daß er Berge versetzt

Der Glaube, daß auf die Dauer, also etwa über das Frühjahr 1949 hinaus, die eingekreiste Position der Westmächte (in Berlin, d. Red.) gehalten werden kann und gehalten zu werden verdient, ist in Frankreich ohnehin nicht so stark, daß er Berge versetzt.

„Neue Zürcher Zeitung"

Rußland völlig aus dem Spiel gelassen

Schwere Sorgen um die Entwicklung der heutigen „Schlacht um den Frieden" sprachen aus den Worten Auriols, der diesmal Rußland und den kommunistischen Gefahrenherd völlig aus dem Spiele ließ, aber den angelsächsischen Verbündeten ins Gewissen redete und zu verstehen gab, daß Frankreich an der jetzt im Gang befindlichen Londoner Konferenz auf seine Ruhrforderungen pochen wird.

„Neue Zürcher Zeitung"

Noch nicht so hoch in Rechnung gestellt

Augenscheinlich wird die gemeinsame europäische Not und die kommunistische Gefahr noch nicht so hoch in Rechnung gestellt, daß daraus ein Verzicht auf diesen sacro egoismo hergeleitet werden könnte. Wundert man sich im Ausland, wenn unter den in Bonn beratenden Politikern und Ministerpräsidenten die Skepsis wächst, je mehr man sich dem entscheidenden Stadium der Aushandelung des künftigen Besatzungsstatutes, d. h. also des Vorfriedensvertrages nähert?

Deutschland-Union-Dienst

Seltsame Logik

In 82 Departements sind die Kommunisten völlig an die Wand gedrückt worden. Das ist die Quittung der Bevölkerungsmehrheit für Streiks, Sabotage und die ewigen Umtriebe der Kominform.

Natürlich ist dabei der Beweis nicht erbracht, daß die Kommunisten von den fünf oder sechs Millionen Wählern, die gewohnheitsmäßig ihren Parolen folgen, etwas verloren haben.

„Neue Zürcher Zeitung"

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim S 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S 3, 10, Tel.-Nr. 432 60. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim R 1, 4-6. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

Auch der Generalstab rechnet mit Hitler ab - Jetzt!

In der Wochenschrift der Demokratischen Volkspartei „Das neue Vaterland" unternimmt der General der Infanterie a. D. Kabisch einen großangelegten Versuch, in mehreren Fortsetzungen zu einer umfassenden Mohrenwäsche für den Generalstab und Hitlers Generale überhaupt. Sie sind, um es kurz vorwegzunehmen, so unschuldig wie die Engel und haben selbstverständlich „nur ihre Pflicht getan".

General Kabisch ist schon nach dem ersten Weltkrieg als militärischer Vielschreiber hervorgetreten. Er darf sich mit Stolz darauf berufen, auch schon an der Verbreitung der ersten Dolchstoßlegende einen gewissen Anteil zu haben. Warum sollte er jetzt dem „neuen" Vaterland der Demokraten nicht auch die alten und vertrauten Züge des Militärsoldaten verleihen: Vom Monokel überglänzt ein Schnauzbart, dessen Enden nach zwei gründlich verlorenen Kriegen zwar nicht mehr aufrecht stehen, aber auf eine Brust hinabdeuten, die immerhin noch von Orden überklimpert ist.

Es erübrigt sich, im einzelnen auf das Gemisch von Wahrheit und Dichtung einzugehen, mit der hier der Militarismus reingewaschen werden soll. Es seien nur wenige Beispiele angeführt, um unsere Ablehnung sachlich zu begründen. Kabisch schreibt: „General von Seeckt erzog das Heer im Sinne strengster innerpolitischer Ueberparteilichkeit". Er hat recht, wenn er damit meint, daß dies Offizierskorps, das den Eid auf die Verfassung geleistet hatte, trotzdem die Republik ablehnte und sich zu den monarchistisch-reaktionären Kreisen und Parteien hingezogen fühlte. Hat Herr Kabisch die Gründe für Seeckts Abgang vergessen? Der General ließ nur den ältesten Sohn des Kronprinzen an einer militärischen Uebung teilnehmen? Das war doch etwa so, wie wenn heute Baldur von Schirach oder sonst einer der „Garanten" des Führers sich etwa bei der Polizei lieb Kind machen wollte!

Kabisch schreibt weiter, um zu beweisen, wie ferne die Generalität allen politischen Entschlüssen Hitlers gestanden hat: „Die Erklärung der deutschen Wehrhoheit im März 1935 kam der Wehrmacht, mit vielleicht einigen wenigen Ausnahmen, völlig überraschend." Wir glauben gerne, daß nicht jeder Rekrut um seine Meinung gefragt worden war. Aber die „wenigen Ausnahmen" bezogen sich doch wohl auf führende Generale, und es war doch dann deren Sache, wie weit sie eine Orientierung ihrer Untergebenen für notwendig hielten. Sind solche Argumente nicht gerade vom soldatischen Standpunkt aus ein wenig albern, Herr General?

Hieran müssen wir auch erinnern, wenn immer wieder versichert wird, daß die Generale niemals über Hitlers politische Absichten unterrichtet worden wären. Leider steht protokollarisch das Gegenteil fest! Hitler hat schon im Jahre 1937 — nach Ausweis des berühmten Hoßbach-Protokolls — Blomberg, Fritsch, Raeder und Göring im Beisein Neuraths in seine geheimsten Gedanken eingeweiht. Daß sie keine Konsequenzen daraus gezogen haben, ist ihre Sache und dafür tragen sie die historische Verantwortung.

Daß in der Frage des ungesühnten Mordes an Schleicher und der Behandlung der Juden sich die Charakterschwäche der höheren Führer peinlich offenbarte, kann auch Kabisch nicht ganz verschweigen. Diese Charakterschwäche, durch die sich die führenden Generale eine furchtbare Verantwortung aufgeladen haben, tritt trotz aller Beschönigungsversuche immer wieder hervor. Allerdings ein Mann hat sich mutig Hitlers Kriegspolitik entgegengestellt! Das war der Chef des Generalstabes des Heeres, General Beck. Er reichte im Jahre 1938 mit Billigung seines Vorgesetzten, des Generals von Brauchitsch, der von Hitler auf Vorschlag Keitels zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt worden war, eine Denkschrift gegen Hitlers Kriegspolitik ein. Als aber Hitler befahl, den Verfasser der Denkschrift zu entlassen, erbat Brauchitsch nicht etwa auch seinen Abschied, sondern er blieb, obwohl er die Denkschrift ausdrücklich gebilligt hatte, und verriet damit Beck als seinen nächsten Mitarbeiter und Berater. Als Nachfolger Becks fand sich General Halder bereit, obwohl er dessen Anschauungen ebenfalls gebilligt und bis dahin das Vertrauen Becks genossen hatte! Angesichts dieser wahrhaft beschämenden Sachlage ist es nicht verwunderlich, wenn Hitler die Ratschläge dieser Herren immer weniger beachtete. Sie waren beliebig auswechselbare Lakaien geworden. — Es ist der Mentalität solcher Leute nicht fremd, sich nachträglich von dem Manne zu distanzieren, dem sie bis zum Schluß in treuer Gefolgschaft glaubten anhängen zu müssen.

Es lohnt sich wirklich nicht, auf alle die kleinen Lügen einzugehen. Es ist bekannt, daß der Generalstab beispielsweise sich schon im August 1940 mit der Ausarbeitung der Operationspläne gegen Rußland befaßte. Aber Kabisch beklagt sich bitter darüber, daß Hitler noch während des Besuches von Molotow in Berlin im November 1940 den Herrn von Brauchitsch in völliger Unklarheit ließ über seine Absichten gegen Rußland. — Widerlich ist es auch, wie immer wieder versucht wird bei den Gelegenheiten, wo eine Schuld nicht ganz geleugnet werden kann, diese auf das Oberkommando der Wehrmacht abzuschieben. Der Oberbefehlshaber des Heeres und das OKH unterstanden dem OKW genau so wenig wie Göring und das Oberkommando der Luftwaffe. Es ist doch wirklich kindisch, zu behaupten, im Oberkommando des Heeres sei der Plan zum Unternehmen gegen Norwegen gänzlich unbekannt gewesen, weil das OKW lediglich die Bereitstellung einer bestimmten Anzahl Divisionen „zu besonderen Zwecken" gefordert habe. Als ob Divisionen Mietautos wären, deren Verleiher nicht über Ziel und Zweck der Fahrt unterrichtet zu werden braucht. Das ging schon aus der Ausrüstung, der Art und dem Ort der Bereitstellung und der Vorbereitung der Nachschuborganisation für alle militärischen Fachleute mit eindeutiger Klarheit hervor!

Wir möchten es uns ersparen, weiterhin diese kindischen Verdrehungen zu entwirren, mit denen man auf den gutgläubigen militärischen „Laien" spekuliert hat. Wer Kabischs Ausführungen kritisch liest, der muß sich mit Entsetzen fragen, ob denn in der Schule des Kadavergehorsams sich überhaupt kein Charakter behaupten kann, wenn er bis in die Spitzenstellungen der militärischen Hierarchie gelangen will.

Schacht und Halder, dieser Militär im Stehkragen, glaubten Hitler überlisten und sich seiner als Instrument bedienen zu können. Sie wurden aber von ihm überlistet, als Werkzeuge benutzt und dann weggeworfen. Wenn sie nicht von den Alliierten befreit worden wären, könnten sie sich heute keiner „Abrechnung mit Hitler" rühmen. Wir danken für solche Abrechnungen, denen das erste Element jeder Rechnung, nämlich Klarheit und Sauberkeit, fehlt. Hier soll nicht mit einer vergangenen Epoche abgerechnet werden. Hier wollen sich Leute aufs neue anbieten, die ein wesensnotwendiger Bestandteil dieser Epoche gewesen sind und damit heute — hoffentlich! — ebenso überholt sein sollten!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg